

# Wirtschaft in Freiheit und Einheit

Festschrift zum 60. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland  
und zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Technologie



Freiheit  
Einheit  
Demokratie

**E.A.Z.-INSTITUT**

FÜR MANAGEMENT, MARKT- UND MEDIENINFORMATIONEN GMBH

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Wirtschaft in Freiheit und Einheit

Festschrift zum 60. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland  
und zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

F.A.Z.-Institut für Management-,  
Markt- und Medieninformationen GmbH  
Frankfurt am Main 2009

ISBN 978-3-89981-721-8

Copyright: F.A.Z.-Institut für Management-,  
Markt- und Medieninformationen GmbH  
60326 Frankfurt am Main

Redaktion/Übersetzung: Dr. Guido Birkner  
Gestaltung/Satz: Nicole Bergmann  
Druck: Boschen Offsetdruck GmbH, Frankfurt am Main

Alle Rechte, auch des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

Printed in Germany

**Kurs halten in stürmischer See:  
Soziale Marktwirtschaft im 21.  
Jahrhundert**

von Hans-Werner Sinn

erschieden in:

Festschrift zum 60. Jahrestag der  
Bundesrepublik Deutschland und zum 20.  
Jahrestag der Friedlichen Revolution,  
*Wirtschaft in Freiheit und Einheit*  
Bundesministerium für Wirtschaft und  
Technologie/ F.A.Z.-Institut:  
Frankfurt/M., 2009, S.74-76.

## Kurs halten in stürmischer See: Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert

von *Hans-Werner Sinn*

Nachdem Deutschland drei Jahre lang am vier Jahre währenden weltwirtschaftlichen Aufschwung teilgenommen hatte, sprach man bereits vom neuen Wirtschaftswunder und verdrängte dabei die chronischen Probleme des Landes. Heute tobt der Sturmwind der Weltwirtschaftskrise und schüttelt die exportlastige deutsche Wirtschaft, dass uns Hören und Sehen vergeht. Wäre da nicht Großbritannien, sähen wir uns erneut in der europäischen Schlusslichtposition, die wir von 1995 bis 2005 innehatten. Unser Traum wäre kurz. Heute schrumpft Deutschland schneller als fast alle EU-Länder.

Die jetzige Krise hat ihren Ursprung freilich nicht in Deutschland, sondern in Amerika. Sie ist eine Krise des amerikanischen Finanzkapitalismus, der die ordoliberalen Erkenntnis, dass jeder Markt einen strikten Ordnungsrahmen braucht, missachtet hat.

Die Welt ist nicht schwarz und weiß, und beim Wirtschaftskurs geht es nicht um Sozialismus oder Freiheit. Das alles ist viel zu banal und zu platt, um Deutschland weiterzuhelfen.

Die Marktwirtschaft braucht den ordnenden Staat, der die Spielregeln setzt, zum Beispiel dafür, dass die Banker nicht zu Glücksrittern werden und die Wirtschaft wettbewerblich organisiert bleibt. Die Marktwirtschaft neigt zur Selbstzerstörung, wenn man den Eigennutz des Menschen nicht so kanalisiert, dass er sich in Fleiß und Arbeit entfalten kann. Sie kann die Allokation der Ressourcen innerhalb eines staatlich gesetzten Ordnungsrahmens zwar selbst steuern, aber sie kann sich nicht selbst regulieren. Der Ordnungsrahmen muss vom Staat gesetzt werden.

Ein guter Ordnungsrahmen ist so gestaltet, dass die Handlungen des Einzelnen möglichst keine negativen Effekte auf unbeteiligte Dritte ausüben, also keine Nachteile, die nicht durch Geldleistungen kompensiert werden. Die Effekte müssen entweder verboten werden oder durch staatliche Anreizsysteme kompensiert werden. Umweltpolitik, Verkehrspolitik, Normsetzung und Verbraucherschutz gehören daher zu den Aufgaben des Staates.

Auch muss der Staat öffentliche Güter anbieten, die von vielen gemeinsam genutzt werden. Dazu gehören die Infrastruktur in Form von Straßen, Brücken, Deichen, Schienen und vieles mehr. Versuche, diese Infrastruktur privat anbieten zu lassen, sind meistens dann gescheitert, wenn man keine Konkurrenz herstellen konnte. Private Monopole, die vom Staat reguliert werden, funktionieren schlechter als staatliche Behörden.

Ob es klug war, dass der Staat mit der umlagefinanzierten Rentenversicherung ein gigantisches Spiel vom Ponzi-Madoff-Typ aufgebaut hat, bei dem die Einzahlungen der Neukunden zur Bedienung der Ansprüche der Altkunden verwendet werden, wird sich erweisen. Die Testphase für dieses System beginnt in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts, wenn die deutschen Babyboomer in die Rente wollen und die „Neukunden“ fehlen, die sie selbst hätten zur Welt bringen können. Das Land, das noch hinter Japan unter allen Industrieländern der Welt die kleinste Zahl der Kinder pro 1.000 Einwohner aufweist, wird dann sicherlich in die Krise kommen. Hoffentlich reichen die Ersparnisse der zukünftigen Rentner zur Alterssicherung.

Der Staat muss den sozialen Frieden wahren. Dazu gehört es vor allem, dass er allen Schichten die gleichen Chancen für eine gute Schulausbildung gibt. Deutschlands dreigliedriges Schulsystem hat sich bei dem Versuch, die Schichtung der Gesellschaft zu überwinden, nicht bewährt. Es hat uns noch nicht einmal ein gutes Durchschnittsniveau bei der Bildung gebracht, wie die kläglichen Pisa-Testergebnisse beweisen. Wer Sozialpolitik ernst meint, muss einen Weg finden, auch jenem Drittel unserer Kinder, das aus Einwandererfamilien stammt, Lesen, Schreiben, Rechnen und die anderen Kulturtechniken beizubringen.

Schließlich muss der Staat auch die Einkommen umverteilen, also von den Reichen nehmen und den Armen geben. Revolutionen entstehen aus einer Ungleichheit, die nicht beizeiten durch Zugeständnisse abgemildert wird. Der Staat sollte die Einkommen des Marktes schon deshalb umverteilen, weil nur er den Bürgern einen umfassenden Schutz gegen die Risiken des Lebens anbieten kann. Erst durch diesen Schutz schafft er die sichere Basis der Gesellschaft, von der aus der Wagemut sich produktiv entwickeln kann.

Sozialpolitik darf aber nicht lähmend wirken, indem sie ihre Leistungen vornehmlich unter der Bedingung zur Verfügung stellt, dass sich die Begünstigten nicht am Erwerbsleben beteiligen. Wer krank und alt ist oder aus anderen Gründen keine Leistung erbringen kann, muss vom Staat gestützt werden. Aber wer es kann, sollte seinen Beitrag zum Gemeinwesen leisten und dann selbst genug zum Leben haben.

Diese allgemein anerkannte Zielsetzung der modernen Gesellschaft haben Semantiker so umgemünzt, dass ein jeder von seiner eigenen Hände Arbeit leben können müsse. Aber das geht leider gar nicht. Wer das verlangt, zwingt Millionen von Menschen, die das eben nicht können, in die Arbeitslosigkeit und ist zumindest im Geiste mitverantwortlich dafür, dass Deutschland Weltmeister bei der Massenarbeitslosigkeit der gering Qualifizierten ist. Arbeit und Wohlstand für alle kann es mit Mindestlohnregeln und anderen Lohndiktaten prinzipiell nicht geben, weil wir nicht im Schlaraffenland leben, wo beliebig viele hochproduktive Arbeitsplätze für alle zur Verfügung stehen. Viele der möglichen Arbeitsplätze

sind niedrigproduktiv und lassen keinen Lohn zu, von dem man leben kann. Erzwingt man den für gerecht gehaltenen Lohn, fallen diese Arbeitsplätze weg, und die semantische Seifenblase zeigt sich als das, was sie ist.

Arbeit und Wohlstand für alle kann es nur mit Lohnzuschusssystemen geben, denn solche Systeme trennen die Lohnkosten, die die Beschäftigung ermöglichen, vom Lebensstandard. Sie ermöglichen einen Lohn, der so niedrig ist, dass Vollbeschäftigung entsteht, und schaffen zugleich ein Einkommen, das so hoch ist, dass man davon leben kann.

Deutschland hat mit der Agenda 2010 ein Lohnzuschusssystem eingeführt, von dem im Jahr 2008 im Schnitt immerhin 1,3 Millionen Menschen profitiert haben. Dies war ein gelungenes Experiment der Geschichte, das sich weltweit herumgesprochen hat. Es gab allein in Westdeutschland im letzten Boom über 1 Million mehr Arbeitsplätze, als es die bloße Konjunkturentwicklung sonst hätte erwarten lassen.

Heute, in der Krise, gilt es, das Erreichte zu bewahren und nach Möglichkeit zu vervollkommen und weiterzuentwickeln. Hüten wir uns vor den schrecklichen Vereinfachern, die mit naiver Unbekümmertheit den Bogen von der Finanzkrise zum Arbeitsmarkt schlagen wollen. Es geht nicht um mehr Staat oder weniger Staat, sondern um den richtigen Staat. Die Aktivitäten der Finanzmärkte muss man regeln. Der Kasino-Kapitalismus muss in seine Schranken verwiesen werden. Aber in die Lohnstrukturen darf der Staat nicht eingreifen, denn Löhne sind Preise für das wichtigste ökonomische Gut, das wir haben: die menschliche Arbeitskraft. Sie sind Knappheitsindikatoren, denen eine fundamentale Lenkungsfunktion in der Marktwirtschaft zukommt. Wer sie reguliert, schafft Chaos und Unordnung. Er unterminiert die Hoffnung auf Glück und Wohlstand in einer gerechten Gesellschaft.